

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Insertats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 247. Dresden, Montag den 25. Oktober 1909. 20. Jahrg.

Auf zur Stichwahl! Parteigenossen, Wähler!

Der 21. Oktober ist für das sächsische Volk zu einem Schicksalstage geworden. Trotz des miserablen Wahlsystems, das die Privilegien der herrschenden Klassen geschaffen hat, hat die sozialdemokratische Partei 16 Mandate erobert und den weitaus größten Teil der sächsischen Wähler unter ihrem Banner vereinigt. Damit ist es der Sozialdemokratie gelungen, die Herrschaft der schwarzen Reaktion zu brechen.

Nunmehr fordern die vereinigten Komitees der sächsischen sozialdemokratischen Partei alle Wähler auf, bei den bevorstehenden Stichwahlen ihre Kräfte anzuspannen, um die Niederlage der Reaktion vollständig und endgültig zu machen. Unsere Genossen seien mit doppeltem Eifer tätig, um den Kandidaten des rechten Volkes zum Siege zu verhelfen.

Eine besondere allgemeine Stichwahlparole gegenüber den anderen Parteien ist infolge der durch die Hauptwahlen gegebenen Situation gegenstandslos geworden. Doch empfiehlt die Redaktion den Genossen des 1. sächsischen Kreises, ihre Stimmen dem freisinnigen Kandidaten zuzuführen. Weiter wird Genossen des 13. ländlichen Kreises empfohlen, die Wahl bisherigen Abgeordneten Andrae, eines der schlimmsten Feinde der arbeitenden Volks, zu verhindern.

Auf zum Kampf!
Wider die Finsterlinge und Rückschritter!
Für die Sozialdemokratie!

Dresden, den 23. Oktober 1909.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Auf der letzten Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie, die im August dieses Jahres in Jittau stattfand, wurde den bevorstehenden Landtagswahlen beschlossen, daß nach den Wünschen der Agitationskomitees unter Hinzuziehung der sächsischen Wahlkreisevereine, der sächsischen Abgeordneten und der sächsischen Parteipresse eine Parole als Richtschnur der Stichwahlen feststellen sollten. Die obige Veröffentlichung des Zentralkomitees ist das Ergebnis der auf Grund des Jittauer Beschlusses letzten Freitag abgehaltenen Sitzung.

Die Richtschnur, die von den Agitationskomitees ausgegeben ist, entspricht vollständig der Situation, wie sie sich in Sachsen auf Grund der Hauptwahlen gestaltet hat.

Es gilt, allenfalls für die Stichwahlen nochmals alle Kräfte einzusetzen. Insbesondere sind bei der außerordentlich großen Zahl unserer Stichwahlkreise die Kräfte auf solche Kreise zu konzentrieren, die die meisten Siegesaussichten bieten.

Es gilt ferner bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten, wo wir Sozialdemokraten die Entscheidung geben, die Überlegenheit der Reaktion zu vervollständigen. Demgemäß werden unsere Parteigenossen aufgefordert, in Jittau für den freisinnigen Kandidaten gegen den nationalliberalen Kandidaten, der ein Gegner des gleichen Wahlrechts ist, einzutreten, und in Dippoldisdorf für den nationalliberalen Kandidaten gegen den konservativen Kandidaten Andrae, der als Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Sachsen eine Hauptstütze der agrarisch-konservativen Reaktionären Herrschaft ist. Es soll uns eine besondere Freude sein, die Ausmerzung dieses intimen Dertel-Freundes aus der gesellschaftlichen Körperlichkeit Sachsens zu bewirken.

So weit es also an der Sozialdemokratie liegt, wird bei den Stichwahlen die Niederlage der reaktionärsten Elemente festgelegt werden!

Wie aber stellen sich die anderen Parteien? Die Konservativen haben, wie selbstverständlich zu erwarten war, die Lösung ausgegeben, daß ihre Wähler in jedem Falle gegen die Sozialdemokratie eintreten sollen. Fraglich ist nur, ob die bürgerlichen und zünftlerischen Wähler dieser Lösung überall Folge leisten werden, nachdem ihnen vor der Hauptwahl die Liberalen als Feinde ihrer Existenz in schwarzen Farben gemalt worden sind. Die Nationalliberalen haben gleichfalls, wie von uns auch gar nicht anders erwartet wurde, die Lösung ausgegeben: in allen Fällen gegen die Sozialdemokratie! Die Nationalliberalen wollen ihre Wähler also jetzt denselben Konservativen zuführen. Dieser Politik ist so sehr verurteilt haben, deren Übermacht zu brechen sie als Hauptaufgabe des ganzen Wahlkampfes be-

zeichnet haben. Die nationalliberale Stichwahlpolitik mit Hilfe des Pluralwahlsystems wird dazu führen, daß eine größere Zahl von Wahlkreisen der Sozialdemokratie entzogen und der konservativen Reaktion gesichert wird. Die Nationalliberalen bringen es fertig, jetzt die Partei wiederum zu stärken und zu befechtigen, die zurückzubringen, wie die Hauptwahlen gezeigt haben, der schärfste Wunsch der überwältigenden Mehrheit des sächsischen Volkes ist. Wir stellen schon jetzt diese neue schwere Schuldbuch, die die Nationalliberale Partei auf sich zu laden im Begriffe steht. Der Nationalliberalismus wird sich nicht wundern dürfen, wenn ihm bei den nächsten Reichstagswahlen mit Pinken heimgezahlt wird, was er jetzt wieder am sächsischen Volke sündigt.

Politisch klüger scheint die Haltung der Freisinnigen, falls sich die Nachricht bestätigt, die darüber in die Öffentlichkeit gelangt. Es wird in der Presse mitgeteilt: „Die Freisinnige Volkspartei wird keine Stichwahlparole ausgeben. Es besteht ein früherer Beschluß des Landesvereins, nach dem die einzelnen Wahlkreise in dieser Beziehung vollständig selbständig entscheiden. So soll auch jetzt an ihm festgehalten werden.“ Auch dem Freisinn ist ja die erbitterte Stimmung des sächsischen Volkes mit zugekommen. Der Freisinn würde sich für die Zukunft wieder alles versprechen, wollte er jetzt für konservativen Reaktionäre oder nationalliberale Feinde des gleichen Wahlrechts die Kandidaten aus dem Feuer holen.

Viele freisinnige Wähler würden sich, wie gegenwärtig die Dinge liegen, auch auf keinen Fall zur Hilfe für die schlimmsten Reaktionäre Kommandieren lassen, wenn selbst die Parteileitungen dies beabsichtigen sollten. Am wenigsten dürften sich die Freisinnigen an Artikeln erfreuen, wie sie jetzt von den Dresdner Nachrichten über den Ausfall der Koburger Wahl geleistet werden. Da werden die Freisinnigen in der gehässigsten Weise beschimpft; „Politik der nächsten Rankine“, „Doktrinaire Verantwortung“, „Mangel an gewissenhafter nationaler Pflichterfüllung“, „verquerste Geistesrichtung der Freisinnigen“ usw. So werden Beleidigungen über Beleidigungen gehäuft, nur weil Freisinnige nicht ausgerechnet die Politik betreiben, die ihnen von den konservativen Herrschenden zugemutet wird. Erst hat die konservative Partei durch ihre schamlose Steuerpolitik die Wähler im höchsten Maße erbittert, dann beschimpft das konservative Blatt den Freisinn, weil er nicht genug „national und staatsbehaltend“ sei! Die freisinnigen Wähler dürften es sich wohl überlegen, ob sie den Ratschlägen von Deuten folgen wollen, die solcher Kampfesweise huldigen.

Die Freude an unserem Sieg.

Zahlreiche Gratulationen aus allen Teilen des Reichs sind in diesen Tagen bei dem Zentralkomitee, bei den einzelnen neuen Landtagsabgeordneten und bei unserer Redaktion eingelaufen. Wir danken allen Genossen, die uns ihre Freude am sächsischen Wahlsieg so freundlich betunden. Aus der großen Zahl der Zuschriften veröffentlichen wir die Paul Singers, des Vorsitzenden der deutschen Gesamtpartei, die er an Genossen Siedermann gerichtet hat:

Lieber Genosse!

Bravo, bravissimo! den tapferen sächsischen Genossen. Das habt Ihr gut gemacht; hoffentlich holt Ihr noch Mandatszuwachs bei den Stichwahlen heraus. Aber wie dem auch sei, der rote 21. Oktober ist ein Ehrentag für das sächsische Proletariat, für den die Partei Euch Dank und Anerkennung schuldet. Euer Beispiel wird ansehnend wirken für die Berliner Wahlen und für Halle. Die Wirkungen der Finanznotdracht zeigen sich in verheißungsvoller Weise für uns. Nur das Feuer nicht erkalten lassen bis zur Generalabrechnung bei den nächsten Reichstagswahlen.

Mit Gruß und Handschlag

Ihr
Paul Singer.

Zur Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung.

Die Selbstverwaltung der Arbeiter ist zur Durchführung der Arbeiterversicherung so unentbehrlich, daß sogar die Gegner der Arbeiter wider ihren Willen bei der Erörterung der Einzelfragen, die bei der Reform der Arbeiterversicherung in Betracht kommen, Zeugnis für die Notwendigkeit der Selbstverwaltung der Arbeiter ablegen müssen. Das ist soeben auch dem Verwaltungsdirektor Paul Lohmar in Köln passiert, der im Dienste der Berufsgenossenschaften steht und selbstverständlich ganz und gar nicht die Absicht hat, für die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Unfallversicherung einzutreten.

Herr Lohmar hat in dem Zentralblatt der Reichsversicherung „kritische Betrachtungen zu dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vom Standpunkte der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaften“ veröffentlicht. Dabei ist er auch auf die Behandlung der Kranken zu sprechen gekommen. Er weist auf die Bestimmung des Entwurfs hin, daß es der Zustimmung des Verheirateten und des ihm in dieser Hinsicht gleichgestellten Verletzten zur Behandlung in einer Heilanstalt nicht bedarf, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie des Verletzten nicht genügt werden kann. Hier hält Herr Lohmar es für erforderlich, zu sagen: denen in der Familie des Verletzten nicht oder nur unter Gefährdung oder Beeinträchtigung des Heilergebnisses genügt werden kann. Welche Kreise, so begründet er diesen Zusatz, haben noch immer ein ganz unberechtigtes Vorurteil gegen die Behandlung in einer Heilanstalt.

Außerdem verlangt Herr Lohmar eine Aenderung der jetzigen Rechtsauffassung, wonach der Unfallverletzte jeder operativen Eingriff verweigern kann, ohne deswegen einen Nachteil zu erleiden. Er versichert, daß jetzt die unglaublichsten Fälle vorkommen. Da werde beispielsweise die Abtragung eines hindern abtretenden mißgestalteten, verkrüppelten Fingergliedes verweigert und dadurch die notwendige lebenslängliche Rentengewährung herbeigeführt. Oder es werde die operative Entfernung einer sogenannten Gelenkmous abgelehnt, die immer wieder zu heftigen Stiefgelenkverfränkungen führt und in längeren oder kürzeren Zwischenräumen immer erneut Erwerbsunfähigkeit verursacht.

Der Entwurf bestimmt auch, daß ein Kranker nur mit seiner Zustimmung in eine Heilanstalt in eine andere übergeführt werden darf. Herr Lohmar fordert für die Berufsgenossenschaften das Recht, einen Verletzten auch ohne seine Zustimmung in einer anderen geeigneteren Heilanstalt unterzubringen.

Die Mängel, gegen die sich Herr Lohmar mit seinen Verbesserungsvorschlägen wendet, sind in der Tat beachtenswert. Die Arbeiter haben selbstverständlich das größte Interesse daran, daß alles, was irgend möglich ist auf einer schnellen und gründlichen Heilung der Kranken, geschieht.

Das kann aber nicht durch äußeren Zwang allein erreicht werden. Wenn ein Kranker sich unter keinen Umständen in eine Heilanstalt begeben will, dann befürchtet er in den meisten Fällen, daß er, wenn er aus seiner Familie heraus ist, wie ein Gefangener rücksichtslos behandelt wird. In dieser Furcht wird er gerade dadurch bestärkt, daß ihm gesagt wird, er muß ins Krankenhaus, ob er will oder nicht.

Ein anderer Kranker, der sich zwar in einer Heilanstalt behandeln läßt, aber nicht in eine andere Heilanstalt übersiedeln will, läßt sich, wie Herr Lohmar selbst anführt, vielleicht von dem Wunsche leiten, seinen Angehörigen näher zu sein. Da ein kranker Arbeiter schließlich doch immer noch ein Mensch ist, so hat dieser Grund eine gewisse Berechtigung.

Und nun erst bei Operationen! Herr Lohmar schreibt: „Auch von ihm (einem verunglückten, auf die Fürsorge der Berufsgenossenschaft angewiesenen Arbeiter) muß derjenige Grad von Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung verlangt werden, der auch von einem besonders schmerzempfindlichen Menschen nach den Umständen des Falles verständiger Weise gefordert werden darf.“ Es fragt sich nur, wie weit im gegebenen Falle dieser Grad von Selbstbeherrschung und Selbstüberwindung gehen soll, zumal bei Kranken. Hier wird in den meisten Fällen eine genaue Abgrenzung unmöglich sein und daher die Gefahr nahe liegen, daß dem Kranken mehr zugemutet wird, als er selbst beim besten Willen leisten kann.

Greifen in solchen Fällen die Berufsgenossenschaften mit äußeren Zwangsmassnahmen ein, dann steigern sie das Mißtrauen der Kranken und verberben damit viel mehr, als selbst durch die beste Behandlung der Kranken in der Heilanstalt und durch die glücklichste Operation wieder gut gemacht werden kann. Deshalb gilt es zunächst, das Mißtrauen der Kranken zu beseitigen. Das kann nur dadurch erreicht werden, daß die Kranken zu der Ueberzeugung gelangen, es handle sich wirklich nur um ihr eigenes Wohl, und die Berufsgenossenschaften haben bei ihren Maßnahmen einzig und allein den Wunsch, eine möglichst schnelle und gründliche Heilung der Kranken zu erreichen. Diese Ueberzeugung können aber die Arbeiter gegenwärtig gar nicht haben. Sie wissen, daß die Leitung der Berufsgenossenschaften in den Händen der Unternehmer liegt. Daher muß sich den Kranken die Furcht aufdrängen, daß die Anordnungen der Berufsgenossenschaften eine möglichst weitgehende „Ersparnis“ der Renten bezwecken, selbst zum Schaden der Kranken. Diese Furcht kann nur beseitigt werden dadurch, daß die Arbeiter selbst die Unfallversicherung durchführen, daß sie den maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Berufsgenossenschaften ausüben. Dazu muß kommen, daß den Arbeitern das Recht und die Macht verliehen wird, alle Mißstände, unter denen etwa die Kranken in den Heilanstalten leiden, zu beseitigen. Erst hierdurch ist freie Bahn geschaffen, um eine möglichst zweckmäßige Behandlung der Kranken herbeizuführen und auch die Arbeiter zu einem verständigen Verhalten während der Krankheit zu erziehen. Auf diesem Wege werden sicher im Laufe der Zeit gute Erfolge erreicht werden. Dagegen müssen wir äußere Zwangsmassnahmen allein als eine unerträgliche Rücksichtslosigkeit gegen die Kranken bezeichnen.